



Nr. 52

22. Dezember 2020

Der epd Ö berichtet über:

Kirchen in Österreich: Griechische Flüchtlingslager evakuieren –  
 ÖRKÖ: „Fehlt am politischen Willen“ – Auch Kirchen in Kärnten für sofortiges Handeln .....3

Kara Tepe – Superintendent Geist fordert Mut zu humanitären Lösungen –  
 Offener Brief an Bundeskanzler Kurz – „Jedes kleine Kind ist es wert, dass wir ihm helfen“ ..4

Lichtermeer am Stephansplatz erinnerte an Coronaopfer –  
 5.127 Kerzen in Wiener Innenstadt für genauso viele Tote .....5

Religionsgemeinschaften einigen sich auf Aussetzen von Gottesdiensten ab 28. Dezember –  
 Chalupka: „Ersuche Presbyterien, Maßnahme mitzutragen“ .....6

Oberkirchenrat A.B. berichtet Synodalen über Coronajahr 2020 –  
 Chalupka: Dank an alle in der Kirche Engagierten .....7

Moser: „Coronakrise ist Stresstest für Solidarität und Sozialstaat“ –  
 Diakonie-Direktorin plädiert für weiter gefassten Begriff von Wirtschaft .....8

Armutskonferenz warnt vor schweren Folgen durch Pandemie –  
 Diakonie-Experte Schenk: „Haben Sozialkrise, und Sozialhilfe kann sie nicht lösen“ ..... 10

Podcast: Weihnachten, ganz persönlich –  
 Maria Katharina Moser, Michael Chalupka, Thomas Hennefeld und Stefan Schröckenfuchs  
 erzählen aus ihren Weihnachtserinnerungen ..... 11

Militärseelsorger senden Video-Grüße an SoldatInnen im Ausland –  
 Schwimbersky: „Fern der Heimat ist dieses Fest besonders wichtig“ ..... 12

Bedford-Strohm und Bätzing raten zur Vorsicht bei Weihnachtsgottesdiensten ..... 13

Internationales Taizé-Treffen findet über Silvester online statt ..... 13

Kirchentag 2025 kommt nach Hannover ..... 13

Im Bild ..... 14

*Die Redaktion des Evangelischen Pressedienstes wünscht ein  
gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute für das neue Jahr!*

*Die nächste gedruckte Ausgabe erscheint am 13.1.2021.  
Aktuelle Informationen finden Sie laufend auf [evang.at](http://evang.at)*





Österreich

## **Kirchen in Österreich: Griechische Flüchtlingslager evakuieren**

### **ÖRKÖ: „Fehlt am politischen Willen“ – Auch Kirchen in Kärnten für sofortiges Handeln**

Wien/Klagenfurt, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Der Druck der Kirchen in Österreich auf die Bundesregierung, die Notlage in griechischen Flüchtlingslagern wahrzunehmen, nimmt weiter zu. Der Vorstand des Ökumenischen Rates der Kirchen in Österreich (ÖRKÖ) hat in einer Aussendung am Freitag, 18. Dezember, die sofortige Evakuierung der Betroffenen auf den griechischen Inseln und die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Familien in Österreich gefordert. „Was sich derzeit vor unseren Augen und mit Duldung aller EU-Mitgliedsstaaten abspielt, ist eine Schande“, beklagte der ökumenische Verbund der heimischen Kirchen. In Österreich stünden bereits jetzt Quartiere für 3.000 Menschen zur Verfügung, die von Kirchengemeinden, politischen Gemeinden und Privatpersonen angeboten werden. „Es fehlt nur am politischen Willen.“

Vor allem müsse das Lager Kara Tepe auf der Insel Lesbos, das nach dem Brand von Moria provisorisch errichtet wurde, geschlossen werden, hieß es im Blick auf die dortige „Tragödie“: Laut der NGO „Refugee Support Aegean“ (RSA) sähen 7.000 Flüchtlinge ohne jeden Schutz gegen die Kälte dem Winter entgegen, rund ein Drittel davon Kinder in unbeheizten Zelten mit zu wenig Decken ohne jede schulische oder sonstige pädagogische Aktivitäten. Auf Lesbos und auch auf anderen Inseln müssten Menschen unter völlig menschenunwürdigen und lebensbedrohlichen Bedingungen leben, auch die Nahrungsmittelversorgung sei unzureichend, so der ÖRKÖ-Vorstand.

Der ÖRKÖ begrüßte ausdrücklich die Initiative „Courage – Mut zur Mitmenschlichkeit“ der Schauspielerin Katharina Stemberger. Die Initiative soll – in Anlehnung an die Notrufnummer 144 – als ersten Schritt 144 sichere Plätze für Flüchtlinge in Österreich schaffen.

„Retten wir Weihnachten, indem wir zumindest 100 besonders schutzbedürftige Kinder aufnehmen“, appellierte der ÖRKÖ-Vorstand abschließend. „Zu Weihnachten feiern wir die Geburt eines Kindes. Wir sehen im verzweiferten, schutzlosen Kind, das sogar mit Selbstmordgedanken spielt, das Christuskind. Lassen wir es nicht im Stich.“

### **„Evakuierung kann keine Woche, keinen Tag mehr warten“**

In einem Offenen Brief hat auch der Ausschuss „Kirchen für Integration und Menschenrechte“, der römisch-katholischen Diözese Gurk-Klagenfurt und der Evangelischen Kirche Kärnten/Osttirol die sofortige Evakuierung von Kara Tepe eingefordert: „Die Evakuierung der La-

ger auf den griechischen Inseln kann keine Woche, keinen Tag mehr warten.“ Man bekräftige, „dass für viele in unserem Land eine moralische Grenze erreicht, wenn nicht bereits überschritten ist“. Zudem stünden ausreichend Unterkünfte zur Verfügung.

### **Kara Tepe – Superintendent Geist fordert Mut zu humanitären Lösungen**

#### **Offener Brief an Bundeskanzler Kurz – „Jedes kleine Kind ist es wert, dass wir ihm helfen“**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Der evangelische Superintendent der Diözese Wien, Matthias Geist, hat die Bundesregierung zu mehr „Mut zu Kara Tepe“ aufgefordert. In einem Offenen Brief an Bundeskanzler Sebastian Kurz unterstreicht der Superintendent, dass „mehr Mut dazugehört, seine Meinung zu verändern, als hartnäckig zu ihr zu stehen – koste es was es wolle“. Den Bundeskanzler ruft der Wiener Superintendent auf, „sich hier und heute in Verantwortung für die Menschenleben vor den Toren Europas offen zu zeigen“. Ein Evakuieren bedrohter Menschen könne „immer – aus Nächstenliebe und/oder humanitären Gründen“ erfolgen. Dazu sei jeder gesicherte Ort, jede „in sich ruhende Gemeinschaft“ fähig.

Würden rechtsstaatlich mögliche und menschliche Prinzipien weiter getrennt, drohe tausenden Menschen weiteres und unverdientes Elend, „das weder ich noch verantwortungsbewusste Österreicherinnen und Österreicher so sehen und verantworten wollen“, schreibt der Superintendent. Korridore sollten möglich werden, damit „Solidarität mit den Bedürftigsten dieser Welt“ gelebt, Kinder gerettet und in eine „heilvollere Zukunft“ geführt werden.

Der menschenunwürdige Zustand in den griechischen Flüchtlingslagern lasse Europa in seinen Werten unglaubwürdig werden. „Bitte ändern Sie und alle Regierungsmitglieder mit Ihnen Ihre Haltung“, appelliert Geist an den Bundeskanzler, „bedenken Sie bitte kein politisches Kalkül, Allianzen in Österreich oder der EU, sondern bedenken Sie, ob es nicht jedes kleine Kind wert ist, dass wir ihm helfen – mit allen unseren Mitteln“, so der Superintendent.

#### **Pfarrerin Lechner: Seid Barmherzig**

Die evangelische Pfarrerin Helene Lechner aus Wien-Liesing unterstreicht die Forderung mit einer Foto-Aktion. Als Mutter zweier kleiner Kinder sei sie entsetzt über die bekannt gewordenen Szenarien im Flüchtlingslager. „Horror Meldungen von Ratten, die Kinder im Schlaf verletzen und davon, dass Kinder sich das Leben nehmen wollen, erreichen uns in unseren vorweihnachtlichen Wohnzimmern und machen uns klar, was an ‚hässlichen Bildern‘ im Verantwortungsbereich der Europäischen Union offenbar möglich ist. Dass diese Situation ein Ende finden muss, ist vielen Menschen in Österreich mehr als bewusst und trotzdem bewegt sich nichts“, so Pfarrerin Lechner. „Die Botschaft von Weihnachten, die uns in den kommen-

den Tagen erreicht und die wir uns gegenseitig weitererzählen, ist klar: Gott ist auf der Seite der Armen, der Ohnmächtigen und Schwachen, der Kleinen und Hilfsbedürftigen! Gott lässt sich dort finden, wo wir unser Herz füreinander öffnen und das gute Leben für alle suchen.“ Dazu passt die Jahreslosung für das Jahr 2021: „Seid barmherzig, wie auch euer Vater barmherzig ist“ (Lukas 6,36). Dieses Bibelwort greift Lechner für ihre Fotoaktion auf. „Haltet die Barmherzigkeit hoch“, sagt Lechner und fordert: „Das Lager muss evakuiert werden!“

### **Diakonie: Unverständnis über Rückführung nach Griechenland**

Die Diakonie Österreich hat ihr Entsetzen über die Situation im Lager Kara Tepe wiederholt. In einer Aussendung berichtete sie zudem von einem 16-Jährigen, der 2019 von Lesbos nach Österreich geflohen sei. Österreich habe nun entschieden, ihn nach Griechenland abzuschieben. „Aus der Sicht der Diakonie ist es völlig unvorstellbar in dieser Situation auch noch Menschen nach Griechenland zurückzuschicken“, sagt Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser und appelliert an den Innenminister, dem Jugendlichen in Österreich Schutz zu gewähren. „Die Bundesregierung muss ihre ablehnende Haltung zur solidarischen Aufnahme von Schutzsuchenden aus Griechenland überdenken, bevor in den Lagern Menschen erfrieren.“

### **Lichtermeer am Stephansplatz erinnerte an Coronaopfer**

#### **5.127 Kerzen in Wiener Innenstadt für genauso viele Tote**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Mit einem stillen Gedenken und 5.127 Kerzen ist am Freitag, 18. Dezember, am Wiener Stephansplatz Trauer um die bis zu diesem Tag in Österreich an Corona Verstorbenen zum Ausdruck gebracht worden. Dazu aufgerufen hatte die im Frühjahr 2020 ins Leben gerufene Initiative „füreinand – gemeinsam für Mitmenschlichkeit“. Angesichts der seit Beginn der zweiten Covid-19-Welle sprunghaft angestiegenen Zahl der Todesopfer sagte Caritas-Präsident Michael Landau am Rande der Kundgebung: „Hinter jeder Zahl steht immer ein Mensch.“ Symbolisiert wurde dies großflächig und beeindruckend mit tausenden Flammen mitten im Herzen Wiens. Der evangelische Oberkirchenrat Karl Schiefermair betonte, in der öffentlichen Debatte stehe die Wirtschaft im Vordergrund, viel zu wenig Gedanken würden aber auf die Toten verwendet: „Es geht letztlich darum, dass Leute sterben, und viel zu viele sterben.“ Man denke auch an das Leid der Angehörigen. Viele hätten sich nicht von ihren sterbenden Lieben verabschieden können. Zudem wünschte sich Schiefermair einen Gedenktag für die Toten, etwa den Karfreitag.

### **Viele mussten schon Abschied nehmen**

Die Caritas ist gemeinsam mit der „Krone“ und „kronehit“ Trägerin der breiten zivilgesellschaftlichen Initiative, die u.a. von Bundespräsident Alexander Van der Bellen unterstützt wird. In der Aussendung zur Kundgebung hieß es: Mit zunehmender Dauer der Pandemie würden nicht nur die enormen wirtschaftlichen und sozialen Folgen offenkundig, es gebe auch immer mehr Familien, die von ihren Liebsten Abschied nehmen mussten. Die Wiener Initiative folgte ähnlichen Mahnwachen in anderen europäischen Städten und Ländern. Es wurden zugleich tausende Menschen in ganz Österreich gebeten, dem Beispiel zu folgen und bei sich zuhause eine Kerze anzuzünden. Die mehr als 12.000 Sympathisanten der Initiative hätten in den vergangenen Monaten ganz konkret geholfen, wenn Menschen einsam sind oder Hilfe brauchen. „Gemeinsam wollen wir zeigen, dass es auch in Zeiten des Abstandhaltens möglich ist, einander nahe zu sein“, wurde betont. Infos unter: [www.fuereinand.at](http://www.fuereinand.at)

### **Religionsgemeinschaften einigen sich auf Aussetzen von Gottesdiensten ab 28. Dezember**

#### **Chalupka: „Ersuche Presbyterien, Maßnahme mitzutragen“**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Angesichts des bevorstehenden dritten Lockdowns haben sich die 16 anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften in Österreich darauf geeinigt, von 28. Dezember bis vorerst 17. Jänner keine öffentlichen Gottesdienste zu feiern. Die Kirchen werden den Gläubigen aber weiterhin für persönliche Gebete offenstehen. „Ich ersuche alle Presbyterien diese schmerzliche, aber notwendige Maßnahme mitzutragen“, schreibt Bischof Michael Chalupka in einem Brief an die evangelischen Pfarrgemeinden des Landes.

Am Sonntag, 27. Dezember, seien öffentliche Gottesdienste noch möglich, da Gemeinden für diesen Tag bereits mehrere Weihnachtsgottesdienste geplant haben. Dadurch sollten die Gottesdienstbesucher auf mehrere Termine aufgeteilt werden. Sollten Pfarrgemeinden diese Maßnahme im Rahmen Ihres Präventionskonzeptes jedoch nicht vorgesehen haben, empfiehlt die Kirchenleitung öffentliche Gottesdienste mit Beginn des Lockdowns am 26. Dezember 2020 auszusetzen, so Chalupka.

Kirchen und andere Gottesdienstorte werden Einzelnen weiterhin für das persönliche Gebet offenstehen. Dazu gebe es explizite Ausnahmen von den verordneten Ausgangsbeschränkungen. „Insbesondere zu den üblichen Gottesdienstzeiten sollen offene Kirchen den Menschen Gelegenheit zum Gespräch, zur Andacht und zur Seelsorge geben, damit sie Zuwendung, Zuspruch und Hilfe finden können“, schreibt Chalupka.

Die Übereinkunft wurde am Montag, 21. Dezember, gemeinsam von der zuständigen Kultusministerin Susanne Raab und Vertretern der gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgesellschaften getroffen. Eine Ausnahme werde für all jene Gläubigen gelten, die am 6. und 7. Jänner das orthodoxe Weihnachtsfest nach dem Julianischen Kalender feiern. Sie werden unter strengsten Sicherheits- und Hygienemaßnahmen öffentliche Gottesdienste feiern können.

Laufend aktualisierte Infos zu den geltenden Bestimmungen finden Sie unter:  
[evang.at/faq-corona/](http://evang.at/faq-corona/)

## **Oberkirchenrat A.B. berichtet Synodalen über Coronajahr 2020**

### **Chalupka: Dank an alle in der Kirche Engagierten**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Stark vom Dank an alle in der Kirche Engagierten geprägt ist der diesjährige Bericht des Oberkirchenrates der Evangelischen Kirche an die Synodalen. „Die Pfarrgemeinden unserer Kirche haben sich den Herausforderungen der Pandemie mit großer Beharrlichkeit und mit großer Kreativität gestellt“, heißt es in dem von Bischof Michael Chalupka als Vorsitzendem des kirchlichen Leitungsgremiums gezeichneten Brief, der dem epdÖ vorliegt. Ursprünglich hätte er den Bericht bei der für Anfang Dezember in Graz geplanten Synode präsentiert. Diese musste wegen der Coronabestimmungen allerdings abgesagt werden.

Seinen expliziten Dank richtet Chalupka an PfarrerInnen, LektorInnen, im Religionsunterricht Tätige, JugendreferentInnen und GemeindepädagogInnen, KirchenmusikerInnen, VerwaltungsmitarbeiterInnen, Ehrenamtliche und die MitarbeiterInnen des Kirchenamts. So hätten sich etwa Pfarrerinnen und Pfarrer viel einfallen lassen, „um in gutem Kontakt mit den Gemeindegliedern zu bleiben und die Gemeinschaft im Glauben auch unter den erschwerten Bedingungen zu leben“. Ehrenamtliche hätten mit ihrem Engagement wesentlich zu all dem beigetragen. Zugleich spricht Chalupka sein Bedauern aus über „vieles, was auf der Strecke bleiben musste“ – so etwa die Christlichen Begegnungstage, die im Juli in Graz geplant waren, allerdings im Frühjahr abgesagt wurden.

### **„Kräftiger Schub“ für digitale Kirche**

„Die Corona-Pandemie hat dem Leben der Digitalen Kirche einen kräftigen Schub gegeben“, konstatiert Chalupka. Dieser Entwicklung wolle in Zukunft eine eigene Arbeitsgruppe Rechnung tragen, die auch Projekte in diesem Bereich finanziell fördern werde. Ab 2021 würden zudem innovative Projekte auf lokaler und regionaler Ebene im Rahmen des Entwicklungsprozesses „Aus dem Evangelium Leben“ gefördert. Gemeinsam mit dem Werk für Evangelisation und Gemeindeaufbau sei zur Unterstützung und Förderung von Ehrenamtlichen ein

aus vier Modulen bestehendes Fortbildungsangebot unter dem Titel „Ehrenamt mit Leidenschaft“ entwickelt worden. Das richtet sich an Menschen, die in unterschiedlichen kirchlichen Bereichen ehrenamtlich tätig seien oder vorhaben, tätig zu werden.

### **Klimaneutral bis 2040**

Chalupka gab auch einen Blick in die entferntere Zukunft: Bis 2040 wolle die Evangelische Kirche klimaneutral sein. Dazu habe ein Projektteam mit der Entwicklung eines Klimaschutzkonzepts begonnen, das bis 2023 stehen soll. Bis dahin solle auch in jeder zweiten Pfarrgemeinde eine Energieberatung stattfinden und die kirchliche Stromversorgung vollständig auf Ökostrom umgestellt werden. „Um die Ziele zu erreichen, braucht es zweierlei: Einen gemeinsamen Prozess der Bewusstseinsbildung und professionelle Beratung zu Klimaschutz vor Ort.“

### **Distance Learning im Religionsunterricht**

Besonders geprägt habe das Coronajahr 2020 den Religionsunterricht. Habe es im ersten Lockdown noch Unsicherheiten mit dem Distance Learning gegeben, so hätte sich mittlerweile „eine Art von ‚Gewöhnung‘“ eingestellt, wenngleich diese Lehr- und Lernform nicht in allen Schulstufen gleichermaßen durchzuführen sei. Diejenigen Ziele des evangelischen Religionsunterrichts „als Beziehungsgeschehen, die nur durch Begegnungslernen verwirklicht werden können, können durch ein Lernen auf Distanz nicht realisiert werden“. Kritik äußerte Chalupka am „häufigen Schweigen von Stellen in den Bildungsdirektionen und im Bildungsministerium zu organisatorischen Fragen“.

### **Leichter Rückgang der Kirchenbeiträge wegen Krise**

Im Jahr 2019 habe sich das Kirchenbeitragsaufkommen nach zwei schwachen Jahren deutlich erholt, gab Chalupka Einblick in die wirtschaftliche Situation der Kirche. Im laufenden Jahr sei wegen der Pandemie allerdings mit einem leichten Rückgang der Kirchenbeitrags-eingänge von etwa einem Prozent zu rechnen. Gelingen es, das Kirchenbeitragsaufkommen im kommenden Jahr stabil zu halten, sei ein ausgeglichenes bilanzielles Ergebnis 2022 möglich.

### **Moser: „Coronakrise ist Stresstest für Solidarität und Sozialstaat“**

#### **Diakonie-Direktorin plädiert für weiter gefassten Begriff von Wirtschaft**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ)      Einen Stresstest für die Solidarität und den Sozialstaat sieht Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser in der gegenwärtigen Coronakrise. Viele Branchen und gesellschaftliche Gruppierungen müssten betonen, „wie schlecht es



ihnen geht“, sagte Moser in einem Interview für die Ö1-Wirtschaftssendung „Saldo“ am Freitag, 18. Dezember. Daraus entwickle sich eine Art „Konkurrenz der Opfer“. Wichtig sei jedoch zu sehen, „dass alle gemeinsam Opfer sind und in der Krise stecken“. Diese sei wie eine Lupe: Soziale Probleme, die bereits zuvor da waren, würden nun deutlicher.

In dem Gespräch mit Ö1-Redakteur Volker Obermayr plädierte die evangelische Pfarrerin zudem für einen veränderten Blick auf Wirtschaft. Sie erinnerte an eine Studie des wirtschaftsliberalen Thinktanks „Agenda Austria“, die zu dem Ergebnis gekommen war, dass im ersten Lockdown durch Homeschooling 121 Millionen Arbeitsstunden „der produktiven Arbeit“ entzogen worden seien, was 7,2 Milliarden Euro Wertschöpfung gekostet hätte: „Das ist typisch dafür, wie wir Wirtschaft betrachten. Kinder bekommen und Kinder erziehen ist doch auch Wirtschaft“, so Moser. Künftig gelte es vermehrt, auf gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu achten und das Problem des Gender Pay Gaps anzugehen. Ein wichtiger Punkt sei zudem, dass die Jobs, die sich in der Krise als „systemrelevant“ erwiesen hätten, und die vorrangig von Frauen ausgeübt werden, besser bezahlt würden – etwa in der Pflege: „Produktion wird höher bewertet als Reproduktion, da müssen wir ansetzen.“

Die angekündigte Pflegereform dürfe nicht nur ein „Pflaster“ sein, sondern es müsse zu einer strukturellen Reform kommen, die vor allem bei Pflegeangeboten zum Tragen komme. Hier gebe es gegenwärtig primär die Wahl zwischen stationärer Pflege rund um die Uhr, und mobiler Pflege, die oft an den realen Bedürfnissen der Betroffenen vorbeigehe. Es brauche ein breiteres Spektrum an Angeboten, etwa Tagesbetreuung oder stundenweise Sozialbetreuung zuhause. Mehr Unterstützung bräuchten auch die pflegenden Angehörigen – mehr als eine Million Menschen in Österreich – von denen selbst jeder und jede zweite bereits über 60 ist.

Der Rettung von Unternehmen in der Krise steht Moser positiv gegenüber, da dadurch auch Arbeitsplätze gesichert würden. Angesichts der Ausgaben wäre es aber gefährlich und ethisch problematisch, parallel den Sozialstaat auszuhöhlen. Dazu gehörten nicht nur Geldleistungen, sondern etwa auch ein funktionierendes Gesundheits- oder Bildungssystem. „Was nicht passieren darf ist, dass man bei Menschen, die es ohnedies schon schwierig haben, die in prekären Verhältnissen leben, ihre Arbeit verlieren, zu sparen anfängt. Wenn es um die Krisenunterstützung dieser Menschen geht haben wir eher Bittstellerfonds eingerichtet und weniger sozialstaatliche Lösungen.“

## **Armutskonferenz warnt vor schweren Folgen durch Pandemie**

### **Diakonie-Experte Schenk: „Haben Sozialkrise, und Sozialhilfe kann sie nicht lösen“**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Die Abschaffung der Mindestsicherung und die Wiedereinführung der Sozialhilfe Anfang 2019 sei ein Rückschritt in der Armutsbekämpfung gewesen. Das werde besonders jetzt in der Coronakrise deutlich. Die neuen Gesetze verschärften Armut, degradierten Betroffene zu Bittstellern und eröffneten neue Unsicherheiten. Das sagte Diakonie-Sozialexperte Martin Schenk im Rahmen einer Pressekonferenz am Donnerstag, 17. Dezember, in der die NGO-Plattform Armutskonferenz über Erfahrungen aus der Praxis mit dem unter Türkis-Blau eingeführten Sozialhilfegesetz berichtete. „Wir haben eine Gesundheitskrise, aber auch eine Sozialkrise. Die sozialen Probleme werden größer, die Sozialhilfe kann sie nicht lösen. Aber gerade die Krise zeigt, wie wichtig eine gute Mindestsicherung wäre.“ Bisher haben nur Nieder- und Oberösterreich die neuen Gesetze, deren Ausgestaltung in die Länderkompetenz übergegangen ist, bereits eingeführt. Gerade hier würden die Probleme aber bereits sichtbar. Schenk sprach die Befürchtung aus: „Es wird insgesamt eine so uneinheitliche und zerstückelte Sozialhilfe geben wie noch nie.“

### **Fenninger: Forderung nach Kindergrundsicherung**

Auf die Situation von Kindern wiesen Volkshilfedirektor Erich Fenninger und Josef Pürmayr vom Armutnetzwerk Oberösterreich hin. Zwar habe der Verfassungsgerichtshof die ursprünglich beschlossenen Richtsätze – also Sozialhilfebeträge – für Kinder aufgehoben, so Pürmayr. Die neuen Sätze in Oberösterreich lägen gleichwohl nur wenig über den alten. So werde für ein Kind 25 Prozent des Betrages ausgezahlt, den ein alleinstehender Erwachsener erhalte. Bei drei Kindern sind es je 15 Prozent. Fenninger formulierte entsprechend drei Forderungen: Zum einen sei die Sozialhilfe umfassend und insbesondere für Kinder zu reformieren. Zweitens brauche es eine Kindergrundsicherung in Höhe von 625 Euro pro Kind und Monat. Und drittens müsse die Arbeit an einem bereits geplanten Aktionsplan gegen Armut endlich beginnen: „Wir müssen die Armut als Folge der Pandemie genauso bekämpfen wie die Pandemie selbst.“

### **Arbeitslose besonders unter Druck**

Zu den Bezieherinnen und Beziehern von Sozialhilfe zählen besonders häufig Erwerbslose. Ihre Zahl sei durch die Coronakrise stark gestiegen, verdeutlichte Schifteh Hashemi von „arbeit plus“, einem Netzwerk von Unternehmen im arbeitspolitischen Bereich. Aktuell seien 455.000 Personen arbeitssuchend, über 128.000 seien langzeitarbeitslos. „Die Menschen sind einem starken Druck ausgesetzt. Sie müssen momentan trotzdem Bewerbungen ablie-

fern, haben aber keine Möglichkeit zur Weiterbildung.“ Es brauche ein Gesetz, dass Menschen ohne Druck dabei unterstütze, wieder auf den Arbeitsmarkt zu kommen. Norbert Krammer vom Erwachsenenenschutzverein „VertretungsNetz“ illustrierte die Lage an einem Beispiel: „Stellen Sie sich vor, Sie sind psychisch krank und versäumen deshalb Termine bei der Behörde. In Oberösterreich führt das dazu, dass die Sozialhilfe gekürzt wird, bis auf null.“

### **Soziale Rechte in Verfassungsrang**

Die Kosten für Alleinerziehende hätten sich durch die Corona-Pandemie massiv erhöht, berichtete Doris Pettighofer von der Plattform für Alleinerziehende. So sei mit dem Unterricht auch die Verpflegung in Schulen und Kindern ausgefallen: „Viele Menschen haben am Ende des Monats kein Geld mehr und müssen zu Hilfsorganisationen gehen, damit diese Essen zur Verfügung stellen.“ Schon 2019 habe fast jede zehnte der rund 168.000 alleinerziehenden Familien Mindestsicherung bezogen.

Wegen der Krise rechnet der Geschäftsführer der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe, Alexander Machatschke, mit zahlreichen Delogierungen im Laufe des Jahres 2021. Die Sozialhilfe in ihrer derzeitigen Form werde „nicht ausreichen“, das zu verhindern. Marianne Schule vom „SozialRechtsNetz“ forderte, Österreich solle nach internationalem Vorbild soziale Rechte in Verfassungsrang heben.

### **Podcast: Weihnachten, ganz persönlich**

#### **Maria Katharina Moser, Michael Chalupka, Thomas Hennefeld und Stefan Schröckenfuchs erzählen aus ihren Weihnachtserinnerungen**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Wohl kaum ein Fest lebt so von persönlichen Erinnerungen wie Weihnachten. Für unseren Weihnachtspodcast auf [www.evang.at](http://www.evang.at) haben wir Diakonie-Direktorin Maria Katharina Moser, den lutherischen Bischof Michael Chalupka, den reformierten Landessuperintendenten Thomas Hennefeld und den methodistischen Superintendenten Stefan Schröckenfuchs gebeten, uns ihre ganz persönliche Weihnachtsgeschichte zu erzählen. Zu Tage gefördert hat das Erinnerungen an brennende Christbäume, Weihnachten in Einsamkeit und – krankheitsbedingt – im Bett, und eine Absage an die perfekte Weihnachtsinszenierung. Hören Sie rein auf:

[bit.ly/evang\\_at\\_WeihnachtsPodcast](https://bit.ly/evang_at_WeihnachtsPodcast)

## **Militärseelsorger senden Video-Grüße an SoldatInnen im Ausland**

### **Schwimbersky: „Fern der Heimat ist dieses Fest besonders wichtig“**

Wien, 22. Dezember 2020 (epdÖ) Mit einem musikalischen, humoristischen und zugleich besinnlichen Video-Weihnachtsgruß auf YouTube haben sich die evangelischen Militärseelsorger an die Kameradinnen und Kameraden gewendet, die sich derzeit im Auslandseinsatz befinden. Aufgrund der Coronapandemie und der strengen Vorgaben der Vereinten Nationen, unter deren Flagge die Auslandsmissionen betrieben werden, sei es heuer nicht möglich, die Soldatinnen und Soldaten vor Ort zu besuchen, erklärte der stellvertretende Militärsuperintendent Gregor Schwimbersky gegenüber dem Evangelischen Pressedienst. In ihren Berichten werde deutlich, dass die Weihnachtstage im Auslandseinsatz stets „eine sehr intensive Zeit“ seien. „Fern der Heimat ist dieses Fest besonders wichtig.“

Derzeit befänden sich rund 900 Männer und Frauen bei Einsätzen im Ausland. Größere Kontingente seien in Bosnien, dem Kosovo und dem Libanon stationiert. In 15 weiteren Ländern verrichteten vereinzelt Angehörige des österreichischen Bundesheeres ihren Dienst.

## Ausland

### **Bedford-Strohm und Bätzing raten zur Vorsicht bei Weihnachtsgottesdiensten**

Düsseldorf, 22. Dezember 2020 (AFP) Die römisch-katholische Bischofskonferenz und die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) haben wegen der Corona-Infektionslage zu Vorsicht rund um die Weihnachtsgottesdienste geraten. Nachdem die Evangelische Kirche von Westfalen zu einem Verzicht auf Weihnachtsgottesdienste aufgerufen hatte, warb der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm in der „Rheinischen Post“ von Donnerstag, 17. Dezember, für online übertragene Gottesdienste. Die römisch-katholische Bischofskonferenz hält an Weihnachtsgottesdiensten fest, ihr Vorsitzender Georg Bätzing sieht aber mögliche regionale Absagen. Bedford-Strohm, der Landesbischof in Bayern ist, sagte der Zeitung zur Haltung der evangelischen Kirchen, „alle Landeskirchen ringen gegenwärtig mit den richtigen Entscheidungen zum Umgang mit den Weihnachtsgottesdiensten“. Auch wenn es vor Ort unterschiedliche Entscheidungen gebe, seien sich alle einig, „dass wir Teil einer großen gesellschaftlichen Kraftanstrengung sein wollen, die eine weitere Ausbreitung der Pandemie verhindert“. Auch der Limburger Bischof Bätzing erinnerte angesichts der Kontaktbeschränkungen und begrenzten Plätze auf Gottesdienstübertragungen und Internetangebote als Alternative.

### **Internationales Taizé-Treffen findet über Silvester online statt**

Taize, 22. Dezember 2020 (APA) Das Internationale Taizé-Jugendtreffen zum Jahreswechsel findet vom 27. Dezember bis 1. Jänner 2021 digital statt. „Das gesamte Programm dieses Treffens wird online übertragen, damit Jugendliche aus der ganzen Welt an den gemeinsamen Gebeten, Workshops und Bibeinführungen teilnehmen können“, teilte die ökumenische Gemeinschaft von Taize laut Kathpress mit. Einer der Höhepunkte ist ein „Gebet für den Frieden in der Welt“ am Abend des 31. Dezember für das Jugendliche aus 25 Ländern zugeschaltet werden. Zum Europäischen Jugendtreffen von Taize versammeln sich normalerweise über Silvester mehrere Zehntausende junger Leute in einer europäischen Großstadt. Das für den Jahreswechsel 2020/21 im italienischen Turin geplante Treffen wurde bereits im Juni wegen der Corona-Pandemie um ein Jahr verschoben. Erstmals findet es nun in kleinem Rahmen in Taize selbst statt und wird für internationale Teilnehmer über den YouTube-Kanal der Gemeinschaft gestreamt.

### **Kirchentag 2025 kommt nach Hannover**

Hannover 22. Dezember 2020 (epd) Der Deutsche Evangelische Kirchentag 2025 findet in Hannover statt. Der Rat der Stadt beschloss am Donnerstag, 17. Dezember, mit fraktionsübergreifender Mehrheit, das fünftägige Treffen von rund 100.000 Protestantinnen und Protestanten offiziell in die niedersächsische Landeshauptstadt einzuladen, wie Stadt und Organisatoren mitteilten. Das Präsidium des Kirchentages hatte sich bereits vorab auf Hannover als möglichen Austrichter der Großveranstaltung festgelegt, da andere Bewerbungen nicht vorliegen. Die Stadt wird gemeinsam mit dem Land Niedersachsen und der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers Gastgeberin des 39. Kirchentages sein. Sie will sich mit vier Millionen Euro auch finanziell an der Ausrichtung beteiligen. Hannover rechnet mit insgesamt rund 2.000 Einzelveranstaltungen auf dem Gelände der Deutschen Messe AG, im Stadtgebiet und in der Region Hannover. Für den Kirchentag werden nach Angaben von Stadt und Organisatoren Kosten von insgesamt rund 25 Millionen Euro zu decken sein. Im kommenden Jahr sollte der 3. Ökumenische Kirchentag in Frankfurt am Main stattfinden, das Treffen wird aber wegen der Corona-Pandemie überwiegend digital ausgerichtet. 2023 wird der 38. Evangelische Kirchentag in Nürnberg gefeiert.

## Im Bild



Foto: epd/Uschmann

Viel Evangelisches steht auch heuer zu Weihnachten im ORF auf dem Programm. Die Christvesper aus Gosau (Bild) ist am Heiligen Abend um 19 Uhr auf ORF2 zu sehen. Der Radiogottesdienst am 26. Dezember in den Regionalradios (außer Radio Wien) kommt aus Stainz (10 Uhr). Und ORF III überträgt am 27. Dezember um 10 Uhr einen TV-Gottesdienst aus der Lutherischen Stadtkirche in Wien.